

78

**Zürcher Studien
zum Verfahrensrecht**

Herausgegeben im Auftrag der Juristischen Abteilung
der Universität Zürich
von W. J. Habscheid, R. Hauser, A. Kölz und H. U. Walder

Isaak Meier

Dr. iur., Privatdozent an der Universität Zürich, Rechtsanwalt

**Neues Eherecht
und Schuldbetreibungsrecht**

A 061659

**Schulthess Polygraphischer Verlag
Zürich**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	11
Literaturverzeichnis	13
Einleitung	17
1. Teil	
Überblick über das neue Eherecht und die sich daraus ergebenden Probleme im Betreibungsrecht	19
§ 1 Wirkungen der Ehe im allgemeinen	21
I Grundsatz der Gleichberechtigung beider Ehegatten	21
II Unterhalt der Familie (neu Art. 163-165 ZGB)	22
1. Verwirklichung der Grundsätze Gleichberechtigung beider Ehegatten und Gleichwertigkeit der Leistungen der Ehegatten	22
2. Betrag zur freien Verfügung gemäss neu Art. 164 ZGB	23
3. Entschädigungsanspruch bei ausserordentlichen Beiträgen eines Ehegatten (neu Art. 165 ZGB)	24
III Wohnsitz der Ehegatten und Familienname	25
IV Vertretung der ehelichen Gemeinschaft (neu Art. 166 ZGB)	26
V Verpflichtungen der Ehegatten untereinander und richterliche Anordnung von Zahlungsfristen	28
VI Schutz der Familienwohnung gemäss neu Art. 169 ZGB und neu Art. 271a OR	30
1. Gesetzliche Grundlage	30
2. Charakteristik und Inhalt des Schutzes der Familienwohnung	31
3. Kreis der zustimmungsbedürftigen Rechtshandlungen bzw. der Rechtshandlungen Dritter, gegenüber denen das Verteidigungsrecht besteht	34
VII Übergangsrecht	36

Inhaltsverzeichnis

§ 2	Das Güterrecht der Ehegatten	38
I	Allgemeines	38
	1. Güterstände unter Geltung des neuen Rechts	38
	2. Allgemeine Vorschriften zum Güterrecht der Ehegatten nach neuem Recht	39
II	Zum neuen ordentlichen Güterstand der Errungenschaftsbeteiligung (neu Art. 169 ff. ZGB)	42
	1. Kurzcharakterisierung des Güterstandes	42
	2. Zur Errungenschaftsbeteiligung	43
	3. Zur Mehrwertbeteiligung bei Investitionen im Vermögen des Mitehegatten	44
	4. Beweislastregeln betr. Miteigentum	45
	5. Auflösung des Güterstandes	45
III	Zum Güterstand der Gütergemeinschaft nach neuem Recht	46
	1. Allgemeines	46
	2. Begründung und Auflösung des Güterstandes der Gütergemeinschaft	47
IV	Neuer Güterstand der Gütertrennung	49
V	Übergangsrechtliche Regelung im ehelichen Güterrecht	50
2. Teil		
	Auswirkungen des neuen Eherechts auf allgemeine Fragen des Betreibungsrechts	53
§ 3	Betreibungsort	55
I	Betreibung der Ehegatten	55
II	Betreibung eines Kindes	55

§ 4	Stellung der Ehegatten im Betreibungsverfahren	58
I	Problemstellung	58
	1. Ehegatten als Gläubiger oder Schuldner in einem Betreibungsverfahren	58
	2. Stellung des nichtbetriebenen Ehegatten im Betrei- bungsverfahren	58
	3. Anhang: Unterschiedliche Namen der Ehegatten	59
II	Die Ehegatten als Schuldner im Betreibungsverfahren	59
III	Die Ehegatten als Gläubiger im Betreibungsverfahren	60
IV	Auswirkungen des Schutzes der Familienwohnung gemäss neu Art. 169 ZGB in Verbindung mit neu Art. 271a OR auf die Stellung der Ehegatten im Betreibungsverfah- ren	61
	1. Vorbemerkung	61
	2. Auswirkungen auf die Betreuung für Mietzinsforde- rungen	62
	3. Stellung des nichtbetriebenen Ehegatten bei Einbezug der Familienwohnung in Pfändung oder Pfandverwer- tung	67
V	Einbezug des nichtbetriebenen Ehegatten in eine Güterge- meinschafts-Betreibung	69
§ 5	Besonderheiten für Betreibungen der Ehegatten untereinander	70
I	Aufhebung des Zwangsvollstreckungsverbots unter Ehe- gatten	70
II	Zahlungsfristen für Schulden der Ehegatten untereinander und ihre Auswirkungen auf das Betreibungsverfahren	73
III	Beibehaltung des Anschlussprivilegs gemäss Art. 111 SchKG	74
	1. Probleme in Zusammenhang mit den Zahlungsfristen für privilegierte Forderungen	74
	, Xftschlussprivileg und Fälligkeit	76

Inhaltsverzeichnis

§ 6	Übergangsrechtliche Probleme im Betreibungsverfahren	78
I	Problemstellung	78
II	Übergangsrecht bei den Lohnpfändungen	79
III	Schutz der Familienwohnung gemäss neu Art. 169 ZGB und seine Bedeutung für vor 1988 eingeleitete Betreibungen	80
IV	Neues Güterrecht und seine Auswirkungen auf vor dem 1.1.1988 eingeleitete Betreibungen	80
V	Übergangsrecht und Streichung des Frauengutsprivilegs gemäss Art. 219 Abs. 4 SchKG	83
3. Teil		
	Auswirkungen des neuen Eherechts auf den Ablauf des Betreibungsverfahrens	85
§ 7	Betreibungsbegehren und Zahlungsbefehl	87
I	Allgemeines	87
II	Betreibung eines unter dem Güterstand der Güterverbindung bzw. der Gütergemeinschaft nach altem Recht lebenden Ehegatten nach Streichung von alt Art. 68 ^{bis} SchKG	88
III	Zum Problem der Zulässigkeit von Eigengutsbetreibungen unter dem Güterstand der Gütergemeinschaft nach neuem Recht	89
IV	Verfahrensablauf bei Zustellung eines Zahlungsbefehls auch an den nichtbetriebenen Ehegatten	90
	1. Überblick	90
	2. Erläuterungen	92
V	Form und Inhalt von Betreibungsbegehren und Zahlungsbefehl	94

§ 8	Rechtsvorschlag und Rechtsöffnungsverfahren	96
I	Rechtsvorschlag	96
II	Rechtsöffnungsverfahren	97
§ 9	Pfändung und Widerspruchs verfahren (ohne Lohnpfändung)	98
I	Pfändbarkeit von Ansprüchen der Ehegatten untereinander	98
	1. Ansprüche aus neu Art. 163 ZGB (Unterhalt der Familie)	98
	2. Ansprüche aus neu Art. 164 ZGB (Anspruch zur freien Verfügung)	101
	3. Ansprüche infolge ausserordentlicher Beiträge eines Ehegatten (neu Art. 165 ZGB)	101
	4. Ansprüche aus Güterrecht	101
	5. Gewöhnliche Forderungen der Ehegatten untereinander	103
	6. Pfändung von Forderungen der Ehegatten untereinander und Zahlungsfristen	104
II	Reihenfolge der Pfändung	104
III	Beibehaltung der privilegierten Anschlusspfändung gemäss Art. 111 SchKG	105
IV	Vorgehen bei der Pfändung	105
	1. Feststellung von Güterstand und Pfändungssubstrat; eventuell Nachholen des Zahlungsbefehls auch an den nichtbetriebenen Ehegatten	105
	2. Abgrenzung des Vollstreckungssubstrates von Vermögensmassen, die nicht in die Pfändung einbezogen werden dürfen	107
	^Widerspruchsverfahren	110

Inhaltsverzeichnis

§ 10	Verwertung und Verteilung	111
I	Verwertung von Miteigentumsanteilen	111
II	Verwertung des Anteils am Gesamteigentum bei der Gütergemeinschaft nach neuem Recht	112
III	Verteilung	114
4. Teil		
	Auswirkungen des neuen Eherechts auf die Lohnpfändung	115
§ 11	Berechnung der pfändbaren Quote bei Betreuung Dritter und gemeinsamem Haushalt der Ehegatten	117
I	Berechnung der pfändbaren Quote nach den Grundsätzen Gleichberechtigung beider Ehegatten und Gleichwertigkeit der Leistungen beider Ehegatten	117
	1. Prinzip	117
	2. Begründung	120
II	Zur Frage der Berücksichtigung der besonderen Aufgabenverteilung von Ehegatten gemäss Übung, Vereinbarung oder richterlicher Verfügung	123
III	Zum Problem der Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen des betriebenen Ehegatten an den anderen Ehegatten bei Bestimmung des Existenzminimums	124
IV	Berücksichtigung von Leistungen gemäss neu Art. 163 und 164 ZGB bei Bestimmung der Nettolöhne der Ehegatten	125
	1. Der betriebene Ehegatte als Empfänger bzw. Berechtigter der Leistungen	125
	2. Der betriebene Ehegatte als Schuldner von Leistungen aus neu Art. 163 und 164 ZGB	127

§ 12 Lohnpfändung bei Betreibungen von im gleichen Haushalt lebenden Ehegatten untereinander	128
I Allgemeines	128
II Unterhaltsforderungen gemäss neu Art. 163 ZGB	128
III Betrag zur freien Verfügung gemäss neu Art. 164 ZGB	129
IV Übrige Forderungen	130
§ 13 Lohnpfändung bei getrennt lebenden Ehegatten	131
I Allgemeines	131
II Getrenntleben ausserhalb der Fälle gemäss neu Art. 175ff. bzw. 145 ZGB	131
1. Betreibung des unterhaltspflichtigen Ehegatten	131
2. Betreibung des unterhaltsberechtigten Ehegatten	132
III Getrenntleben gemäss neu Art. 175ff. bzw. 145 ZGB mit richterlicher Festsetzung von Unterhaltsbeiträgen	132
IV Zum Problem der Bevorzugung des Getrenntlebens der Ehegatten	133
sitige Lohnpfändung beider Ehegatten	134
Problem der Lohnpfändung bei Vorliegen der Gütergemeinschaft nach neuem Recht	135
Grundsatz	135
Direkte Pfändung des dem Ehegatten für seine persönlichen Bedürfnisse zustehenden Teils des Einkommens	136
„ Gewöhnliche Lohnpfändung bei gütlicher Einigung gestützt auf Art. 9 W A G	13
Probleme bei der Durchführung der Lohnpfändung	138
shwerdelegitimation des nichtbetriebenen Ehegatten	138

Inhaltsverzeichnis

II	Beschaffung der Informationen über den nichtbetriebenen Ehegatten	138
	Zusammenfassung	139
	Vorschlag zur Neufassung von Ziff. VII des Kreisschreibens des Obergerichts des Kantons Zürich vom 4.12.1982	140
	1. Nachtrag: Aufnahme der wesentlichen Teile dieses Vorschlags in das neue auf den 1.1.1988 in Kraft tretende Kreisschreiben	141
	2. Nachtrag: Aufnahme der wesentlichen Teile dieses Vorschlags in die neuen Richtlinien für die Berechnung des betriebsrechtlichen Existenzminimums (Notbedarf) nach Art. 93 SchKG der Konferenz der Betriebs- und Konkursbeamten der Schweiz	142
§ 17	Anhang: Privileg zum Eingriff in das Existenzminimum für Unterhaltsforderungen allgemein, falls Schuldner und Gläubiger getrennt leben	143
I	Allgemeines zum Eingriffsprivileg	143
II	Für welche Unterhaltsforderungen kann der Eingriff verlangt werden?	144
1.	Zeitliche Beschränkung der Forderung	144
2.	Privilegierte Personen	145
3.	Situation bei Geltendmachung der Unterhaltsforderungen durch das Gemeinwesen	145
4.	Zeitliche Beschränkung des Eingriffs ins Existenzminimum	145
III	Der in der Eingriffsformel einzusetzende Unterhaltsbeitrag	145
1.	Meinungsstand in der Praxis	145
2.	Eigene Auffassung	147
3.	Unterhaltsbeiträge des Ehegatten	147
IV	Einkommen des Schuldners	148
V	Notbedarf des Schuldners	149
VI	Zur praktischen Durchführung des Eingriffs	149
	Sachregister	151